

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 01.02.2024

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:48 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen Vorsitzender
Herr Bürgermeister Rüter
Frau Bürgermeisterin Schrader

CDU

Herr Copertino
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Kaldek
Herr Kleinkes
Herr Krumhöfner
Herr Kuhlmann
Herr Dr. Kulinna
Herr Dr. Lange
Herr Nettelstroth
Frau Orłowski
Frau Schineller
Frau Steinkröger
Herr Strothmann
Herr Thole
Herr Werner

(Fraktionsvorsitz)

SPD

Frau Biermann
Frau Brinkmann
Herr Gladow
Frau Gorsler
Herr Heimbeck
Herr Keskin
Herr Klaus
Herr Nockemann
Herr Prof. Dr. Öztürk
Herr Rörig
Herr Suchla
Frau Weißenfeld
Frau Welz

(Fraktionsvorsitz)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff
Herr Feurich-Tobien
Herr Hallau
Frau Hennke
Herr Hood
Herr John
Herr Kartal
Frau Kloss
Frau Labarbe
Frau Pfaff
Herr Rees
Herr Schnell
Herr Wiemer

(Fraktionsvorsitz)

FDP

Herr Schlifter
Frau Schneidereit
Herr Seifert
Herr vom Braucke
Frau Wahl-Schwentker

(Fraktionsvorsitz)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz
Frau Stelze
Frau Taeubig
Herr Vollmer

AfD

Herr Kneller
Herr Dr. Sander

Die Partei

Herr Hofmann
Frau Oberbäumer

(bis 19:26 Uhr)

(bis 19:26 Uhr)

Einzelvertreterinnen/Einzelvertreter

Herr Alich (parteilos)
Herr Gugat (LiB)
Herr Krämer (BfB)
Frau Rammert (BN)

Verwaltung

Herr Erster Beigeordneter Nürnberger
Herr Stadtkämmerer Kaschel
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus
Herr Beigeordneter Moss
Herr Steinmeier
Frau Ley
Herr Gabriel
Herr Hartlieb
Frau Wilms
Frau Mülöt

Dezernat 5
Dezernat 1
Dezernat 2
Dezernat 4
Presseamt
Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
(Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden zur 31. Sitzung des Rates und weist darauf hin, dass die heutige öffentliche Ratssitzung als Livestream übertragen werde. In diesem Zusammenhang bittet er um Beachtung der im Eingangsbereich aushängenden Datenschutzhinweise. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass der öffentliche Teil der Ratssitzung aufgezeichnet und bis zur Genehmigung der Niederschrift veröffentlicht werde. Außerdem könnten aufgrund der Kameraeinstellung, die das Plenum mit den Ratsmitgliedern zeigt, in einem Randbereich auch Zuschauer erfasst werden. Sollten diese sich in diesem Bereich aufhalten, werde davon ausgegangen, dass sie mit einer evtl. visuellen Erfassung Ihrer Person einverstanden seien. Die Unterlagen zur heutigen Sitzung fänden die Zuschauerinnen und Zuschauer als Link im Video oder unter dem Livestream.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist die im Saal anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer ausdrücklich darauf hin, dass während der Sitzung Film- oder Fotoaufnahmen jeglicher Art untersagt seien.

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass Herr Knauf als Ratsmitglied der FDP-Fraktion ausgeschieden sei. Als Nachfolgerin von Herrn Knauf begrüße ich Frau Martina Schneiderei. Auf eine Verpflichtung kann verzichtet werden, da Frau Schneiderei bereits als sachkundige Bürgerin in einem Ausschuss verpflichtet wurde.

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die 31. Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld und stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zwischen den Fraktionen von CDU und SPD bzw. Bündnis 90/Die Grünen und FDP seien Pairing vereinbart worden.

Zur Tagesordnung stellt er fest, dass diese um folgende Punkte zu erweitern sei:

- TOP 4.2.1: Erweiterungsantrag der Ratsgruppe Die PARTEI vom 01.02.2024 (Drucks. 7453/2020-2025) zum Antrag „Klare Kante gegen Rechtsextremismus“
- TOP 4.3.1: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 29.01.2024 zum Thema: „Der Bielefelder Bildungscampus an der Herforder Straße“ (Drucks. 7427/2020-2025)
- TOP 4.3.2: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 01.02.2024 zum Antrag der FDP-Fraktion zum Thema „Schulentwicklungsplanung“ (Drucks. 7408/2020-2025)
- TOP 15.1: Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2024 zur „Aus-schreibung der Stelle eines/einer Beigeordneten für das Dezernat 4“ (Drucks. 7440/2020-2025)
- TOP 19.4 bis TOP 19.6: Anträge der FDP-Fraktion bzw. der CDU-Fraktion auf Umsetzung in drei Gremien

Hinweis zu Tagesordnungspunkt 3 „Anfragen“:

Entsprechend der Regelung nach § 17 Abs. 3 GeschORat erfolgt die Beantwortung der Anfragen in folgender Reihenfolge:

TOP 3.1 Weihnachtshochwasser 2023 (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2024)

TOP 3.2 Mangelnde Erfolge im Wohnungsbau? (Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.01.2024)

TOP 3.3 Vertrauen in kommunale Institutionen (Anfrage der Ratsgruppe AfD vom 14.12.2023)

TOP 3.4 Zuständigkeiten (Anfrage der FDP-Fraktion vom 23.01.2024).

Von der Tagesordnung abzusetzen seien TOP 11 „Machbarkeitsstudie Radschnellweg OWL 2.0“, da der Stadtentwicklungsausschuss (StEA) in seiner Sitzung am 30.01.2025 über diesen Punkt nur in 2. Lesung beraten habe.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der genannten Änderungen einstimmig beschlossen.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 29. Ratssitzung am 02.11.2023 (2. Lesung)

Frau Oberbäumer beantragt die Aufhebung des Beschlusses in der letzten Ratssitzung, mit dem ihr Antrag auf Wortprotokoll im Rahmen ihres Einwandes zur Niederschrift abgelehnt worden sei (§12 GeschORat). Zur Begründung verweist sie auf ihre Ausführungen zum Einwand aus der letzten Sitzung und der Aktualität der inhaltlichen Bedeutung des betreffenden Wortbeitrages.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Antrag von Frau Oberbäumer und stellt als **Ergebnis** fest, dass **der Rat der Stadt Bielefeld mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen ablehnt, den Beschluss über die Ablehnung des Antrags auf Wortprotokoll aufzuheben.**

-.-.-

Sodann berichtet Herr Oberbürgermeister Clausen, dass Frau Rammert in der Ratssitzung am 14.12.2023 ebenfalls einen Einwand zur Niederschrift nach § 20 Abs. 3, Satz 5 GeschORat vorgetragen habe, allerdings mündlich. Da dieser Einwand dem Oberbürgermeister als Vorsitzender des Rates schriftlich vor der Abstimmung vorliegen müsse, sei die Genehmigung der Niederschrift auf Antrag zur GeschORat nur in 1. Lesung beraten worden. Inzwischen liege ihm der Einwand von Frau Rammert schriftlich vor:

Text des Antrags: „Für die Niederschrift vom 02.11.2023 bitte ich um Aufnahme meines Redebeitrags zu TOP 11“.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Antrag von Frau Rammert und stellt als **Ergebnis** fest, dass **der Rat der Stadt Bielefeld mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen den Antrag auf Erstellung eines Wortprotokolls ablehnt.**

-.-.-

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 29. Ratssitzung am 02.11.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 30. Ratssitzung am 14.12.2023

Frau Wahl-Schwentker gibt zu TOP 4.2 der Niederschrift folgende persönliche Erklärung nach § 18 (1) GeschORat ab:

„In dem Wortbeitrag des Herrn Gugat zu unserem FDP-Antrag „Abschaffung Baulandstrategie“ ist Herrn Gugat in der letzten Sitzung kein besseres Argument eingefallen, als mich mit einer sexistischen Beleidigung zu überziehen. Das ist für Herrn Gugat wirklich in höchstem Maße peinlich. Wie passt diese Entgleisung, Herr Gugat, eigentlich zu Ihrem feministischen Getue, das wir sonst so erleben dürfen bei Ihnen? Keine Rede ohne Gender-Sternchen und zugleich scheuen Sie sich nicht, hier in schlimmster Macho-Manier aufzutreten. Ich denke mal, da haben Sie wohl Ihre Maske fallen lassen. Ich hätte mir gewünscht, dass der Oberbürgermeister hier eingegriffen hätte, aber ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die Solidarität zahlreicher Frauen und Männer in diesem Plenum, die ich erfahren durfte. Vielen Dank.!

-.-.-

Frau Brockerhoff merkt an, dass sie in der Anwesenheit fälschlicherweise als Fraktionsvorsitzende betitelt worden sei.

Herr Hofmann bittet um Korrektur zu TOP 9, Seite 23, drittletzter Absatz: Nur er selbst habe die Ablehnung des Haushaltes angekündigt.

-.-.-

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Ratssitzung am 14.12.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass die Antwort der Anfrage zu TOP 3.1 „Weihnachtshochwasser 2023“ erst im Laufe des heutigen Vormittags im Ratsinformationssystem eingestellt worden sei und daher vorgelesen werde.

Alle Anfragen und die entsprechenden Antworten der Verwaltung stünden im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Zu Punkt 3.1 **Weihnachtshochwasser 2023**
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7400/2020-2025

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus verliest die Anfrage und die Antwort der Verwaltung.

Herr Feurich-Tobien erläutert die Anfrage und betont die Wichtigkeit der Johannisbachaue. Diese sei ein gewachsenes Biotop und ein Naturraum, der als natürlicher Retentionsraum erhalten werden müsse.

Herr Vollmer schlägt vor, dass sich die Bezirksvertretungen die Starrege-
nereignisse in den Bezirken darstellen ließen, um Gefährdungspotentiale
für Hochwasser einschätzen und Gegenmaßnahmen ergreifen zu kön-
nen.

**Der Rat nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur
Kenntnis.**

Zu Punkt 3.2 **Mangelnde Erfolge im Wohnungsbau?**
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.01.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7399/2020-2025

Frau Wahl-Schwentker kritisiert, dass die seit 2021 bis heute fertiggestell-
ten neuen Wohnungen weit hinter der im Koalitionsvertrag zugesagten

Zahl von jährlich 1.300 Wohneinheiten zurückbleibe. Grund dafür sei die beschlossene Baulandstrategie, die verhindere, dass die Stadt weitere Flächen u. a. für Neubau von bezahlbarem Wohnraum ausweisen könne. Die FDP-Fraktion spreche sich daher für die Abschaffung der Baulandstrategie aus.

Herr Rörig entgegnet, dass sich die Bedingungen für den Wohnungsbau seit 2021 u. a. aufgrund des Ukraine-Krieges, der Energiepreis- und Baukostensteigerungen und der Inflation stark verändert hätten. Diese Faktoren machten das Bauen finanziell unattraktiv. Dennoch seien in Bielefeld 3.000 neue Wohnungen geschaffen worden.

Herr Vollmer weist darauf hin, dass ein Überhang von 4.000 Bauanträgen bestehe. Es müssten strukturelle Defizite beseitigt werden, um den Bedarf an Wohneinheiten ausgleichen zu können.

Herr John betont, dass vielfältige Faktoren ursächlich für den stagnierenden Wohnungsbau seien, wie zum Beispiel auch bürokratische Hürden und Genehmigungsprozesse. Diesen wirke die Baulandstrategie entgegen. Als weitere Ursachen nennt er den Anstieg der Grundstückspreise, Finanzierungsprobleme, Arbeitskräftemangel im Bausektor, Bedenken der Anwohner („NIMBYism“ = Not in my backyard – Phänomen) und Planungsdefizite.

Herr Nettelstroth weist darauf hin, dass die Probleme in den vereinbarten Standards lägen. Er könne nicht erkennen, dass die Stadt wirklich daran interessiert sei, Flächen für Wohnungsbau zur Verfügung stellen zu wollen.

Der Rat nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

An dieser Stelle beendet Herr Oberbürgermeister Clausen nach 30 Minuten gemäß § 17 Abs. 4 GeschORat die Befassung mit den Anfragen. Die Antworten auf die nachfolgenden Anfragen sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Zu Punkt 3.3

Vertrauen in kommunale Institutionen **(Anfrage der Ratsgruppe AfD vom 14.12.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7384/2020-2025

Die Anfrage und Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Rat nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.4

Zuständigkeiten (Anfrage der FDP-Fraktion vom 23.01.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7403/2020-2025

Die Anfrage und Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Rat nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Abschaffung der Baumschutzsatzung
(Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7404/2020-2025

Frau Wahl-Schwentker begründet den Antrag. Die Baumschutzsatzung führe regelmäßig zu Verzögerungen bei Bauprojekten und stelle dabei Unternehmen, Investoren oder die Stadt selbst vor unverhältnismäßige finanzielle Belastungen. Die Baumschutzsatzung habe sich zu einem großen bürokratischen Risiko für Bürgerinnen und Bürger entwickelt und biete keinen Mehrwert. Daher beantrage die FDP-Fraktion die kurzfristige Abschaffung der Satzung.

Herr Schnell entgegnet, dass im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz regelmäßig dargestellt werde, dass die Baumschutzsatzung nicht zu einer Verzögerung von Baumaßnahmen führe. Vielmehr sei die Baumschutzsatzung ein Erfolgsmodell für Bielefeld. Aus allgemein bekannten Gründen müsse um jeden einzelnen Baum gekämpft werden. Die Koalition werde daher den Antrag ablehnen.

Frau Steinkröger betont, dass die Baumschutzsatzung ohne Not beschlossen worden und insgesamt überflüssig sei. Anhand von Zahlen stellt sie dar, welchen Mehraufwand die Satzung aus ihrer Sicht für die Verwaltung bedeute und welches finanzielle Defizit diese verursache. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion und stellt folgendes **Ergebnis** fest: **Der Rat der Stadt Bielefeld lehnt die Abschaffung der Baumschutzsatzung bei einer Enthaltung mit Mehrheit ab.**

Zu Punkt 4.2

"Klare Kante gegen Rechtsextremismus" (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP und der Einzelvertreter Herr Alich [parteilos], Frau Rammert [BN], Herr Krämer [BfB] und Herr Gugat [LiB] vom 23.01.2024)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern:

7413/2020-2025

7453/202-02025 (Ergänzungsantrag Die PARTEI, vgl. TOP 4.2.1)

Frau Schrader begründet den Antrag. Die Antragstellerinnen und Antragsteller wollten deutlich Position beziehen gegen demokratiefeindliche, rassistische und antisemitische Äußerungen und für eine kulturelle Vielfalt und bunte Gesellschaft, in der zugewanderte Menschen willkommen seien.

Herr Hallau ergänzt, dass nur in einer Demokratie mit gesellschaftlicher Vielfalt Aufgaben und Krisen gemeinsam bewältigt werden könnten. Aus seiner Sicht debattiere der Rat der Stadt Bielefeld mit Ausnahme der Ratsgruppe AfD konstruktiv und lösungsorientiert und suche nach Entscheidungen zum Wohle der Menschen in Bielefeld. Dabei liege trotz aller Unterschiedlichkeit in Einzelfragen das gleiche Wertesystem zugrunde. Die erreichten Kompromisse seien Ausdruck der Stärke der Demokratie und einer stabilen Gemeinschaft. Die Fraktion Bündnis 89/Die Grünen werde den Ergänzungsantrag der Ratsgruppe Die PARTEI ablehnen, da die vorgeschlagenen Erweiterungen zu kleinschrittig seien.

Herr Schlifter betont, dass die Demokraten weiterhin gemeinsam mit aller Kraft den demokratischen Rechtsstaat beschützen und gegenüber rechtsextremen Bestrebungen verteidigen würden. Er danke Herrn Oberbürgermeister Clausen und Herrn Rees für ihre Reden im Rahmen der jüngsten Demonstrationen und Kundgebungen, durch die auf die Ziele der AfD aufmerksam gemacht worden sei. Der Kampf gegen Rechtsextremismus dürfe jedoch nicht den demokratischen Streit um die beste Lösung verhindern. Es gefährde den Schulterschluss der Demokratie, wenn Demokraten in eine extremistische oder populistische Ecke geschoben würden. Insofern sei der Ergänzungsantrag der Ratsgruppe Die PARTEI an dieser Stelle nicht hilfreich. Abschließend dankt er für die fraktionsübergreifende Entschlossenheit zur Erarbeitung des gemeinsamen Antrags.

Frau Taeubig dankt alle Menschen, die in Bielefeld an der Demonstration für eine vielfältige und demokratische Stadtgesellschaft und gegen Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit teilgenommen hätten und dankt den Menschen, die diese Veranstaltung organisiert hätten. Der Aufstieg rechter Bestrebungen könne nur mit einer entschlossenen Offensive für Solidarität und Gerechtigkeit nachhaltig bekämpft werden. Dafür werde sich die Fraktion Die LINKE auch weiterhin einsetzen.

Herr Gugat dankt den antifaschistischen Recherchegruppen für ihre Arbeit und die Aufdeckung von Strukturen und Netzwerken im rechtsextremistischen Milieu, die die Demokratie zerstören wollten. Die Demokratie dürfe nicht dulden, dass das sogenannte „Overton-Fenster“, also der Rahmen an Äußerungen, die im öffentlichen Diskurs unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Moral akzeptiert würden, weiter nach rechts rutsche. Politik müsse auf allen Ebenen handeln, um die Demokratie zu schützen. Demonstrationen seien hier nur ein Anfang.

Frau Oberbäumer betont, dass die Ratsgruppe Die PARTEI den Antrag zu TOP 4.2 in Gänze unterstütze. Leider sei es zeitlich nicht mehr möglich gewesen, eigene Ergänzungen und Änderungswünsche einzubringen. Da diese aber für viele Menschen in Bielefeld sehr wichtig seien, habe die Ratsgruppe Die PARTEI den Änderungsantrag gestellt. Sie betont die Notwendigkeit, nun weitere Schritte einzuleiten und Verantwortung für die Demokratie zu zeigen, und dies auch im Umgang mit der AfD.

Herr Dr. Sander erläutert, dass sich die AfD selbstverständlich und öffentlich für die Remigration von den Menschen ausspreche, die hier keine Aufenthaltsgenehmigung hätten oder kriminelle Ausländer seien. Der Vorwurf, Menschen mit Migrationshintergrund vertreiben zu wollen, die hier gut lebten, sei hysterisch. Im Übrigen würden die politischen Parteien selbst Narrative verbreiten, die am Ende legitimieren sollten, demokratisch gewählten Oppositionsparteien die Grundrechte zu entziehen.

Frau Rammert appelliert daran, sich nicht länger auf die Selbstverständlichkeit der Demokratie auszuruhen. Demokratie sei ein Vollzeitjob. Sie werbe weiter für das Aufdecken von Wahrheit und das Entlarven von „Fake-News“.

Herr Nettelstroth weist darauf hin, dass die AfD versuche, alle Informationen, die an die Öffentlichkeit gerieten, zu relativieren. Die demokratische Gesellschaft werde aber für den Erhalt der Demokratie als größte Errungenschaft der deutschen Geschichte kämpfen. Die Zustimmung von Menschen zur AfD habe auch mit einer Unzufriedenheit mit der derzeitigen Migrationspolitik und sonstigen Entwicklungen im Land zu tun. Es gelte, diese Menschen politisch abzuholen und zurückzugewinnen. Dazu gehöre auch, im politischen Diskurs differenzierter vorzugehen und sich mit Sachlichkeit über die Themen auszutauschen.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet zunächst um Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Ratsgruppe „Die PARTEI“ (vgl. Drucks. 7453/2020-2025, TOP 4.2.1) und stellt folgendes **Ergebnis** fest: **Der Rat der Stadt Bielefeld lehnt die beantragten Ergänzungen bei einigen Enthaltungen mit Mehrheit ab.**

Beschluss:

**Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:
Die an die Öffentlichkeit gekommenen Erkenntnisse des Recherche-Netzwerks „correctiv“ zur Zusammenarbeit von einflussreichen AfD-Vertretern mit der rechtsextremistischen Identitären Bewegung haben den rassistischen und undemokratischen Charakter der AfD**

abermals deutlich gemacht. Die in einem Geheimgespräch beratenen Pläne zur massenhaften Deportation von Migrantinnen und Migranten sowie Deutschen mit internationaler Familiengeschichte haben zu berechtigtem Entsetzen, Empörung und solidarischer Entschlossenheit auch bei Bielefelderinnen und Bielefeldern geführt. Bundesweit gingen bisher mehr als 1 Mio. Menschen, unter anderem auch in Bielefeld, auf die Straße, um ihren Protest gegen die AfD zu zeigen. Diese Demonstrationen sind ein erfreuliches Zeichen.

Der Rat der Stadt Bielefeld bekennt sich eindeutig zum Grundgesetz und dessen Werten, zur vielfältigen Gesellschaft sowie zu Humanität und Demokratie. Bielefeld ist und bleibt eine bunte und weltoffene Stadt, in der Menschen mit verschiedenster Herkunft und unterschiedlichen Lebensentwürfen zu Hause sind. Wir sind entschlossen, dies gemeinsam gegen rechtsextreme Bestrebungen zu verteidigen und unterstützen entsprechende Demonstrationen und Proteste aus der Zivilgesellschaft.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 4.2.1 Ergänzungsantrag der Ratsgruppe "Die PARTEI" vom 01.02.2024 zum Antrag "Klare Kante gegen Rechtsextremismus" (Drucks. 7413/2020-2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7453/2020-2025

Beratung und Protokollierung der Beschlussfassung siehe TOP 4.2.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt -

Zu Punkt 4.3 Schulentwicklungsplanung umsetzen - Genügend Plätze an Gymnasien schaffen (Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.2024)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern:

7408/2020-2025

7427/2020-2025 (Antrag Koalition, TOP 4.3.1)

7408/2020,2025 (Antrag CDU-Fraktion, TOP 4.3.2)

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass die Abstimmungen über die Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs vorgenommen würden, da nicht ersichtlich sei, welcher Antrag weitreichender formuliert sei.

Herr Schlifter begründet den Antrag der FDP-Fraktion. Der Schulentwicklungsplan habe einen Bedarf an bis zu zehn weiteren Gymnasialzügen festgestellt, von denen im Seidensticker-Campus nur vier realisiert und für weitere drei Züge die Errichtung einer Sekundarschule geprüft werden sollten. Da die Zeit aber dränge und alternative Standorte für Gymnasien voraussichtlich nicht rechtzeitig zur Verfügung stünden, sei es sinnvoll, zunächst die Einrichtung von insgesamt acht Zügen für das Gymnasium im Campus zu realisieren und parallel nach alternativen Standorten für eine Sekundarschule zu suchen.

Frau Welz betont, dass Chancengleichheit sichergestellt werden müsse. Jedes Kind solle individuell den bestmöglichen Bildungsweg und die persönlich gewünschte Schullaufbahn einschlagen können. Dabei sollten die unterschiedlichen Bildungswege miteinander kooperieren, so dass auch Schulwechsel vermieden würden. Sie weist darauf hin, dass im Schul- und Sportausschuss (SchA) ausdrücklich vereinbart worden sei, dort über die Schulformen zu diskutieren, die auf dem Seidensticker-Campus entstehen sollten. Insofern halte sie die heutige Diskussion im Rat für irritierend und ärgerlich, da sie entgegen der Absprache stattfinde.

Herr Kleinkes bestätigt die getroffene Vereinbarung im Schul- und Sportausschuss und beantragt, die drei Anträge zuständigkeitshalber in den Schul- und Sportausschuss zu verweisen (Antrag zur GeschORat).

Herr Schlifter entgegnet, dass der Rat über einen strategischen Grundsatzentscheid den Rahmen vorgeben sollte, in dem der Schul- und Sportausschuss dann weiter diskutiere.

Frau Brockerhoff und Herr Prof. Dr. Öztürk sprechen sich für einen Verweis der Anträge in den SchA als zuständigen Fachausschuss aus.

Beschluss:

Der Rat verweist den Antrag der FDP-Fraktion an den Schul- und Sportausschuss (Antrag zur Geschäftsordnung).

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.3.1 Der Bielefelder Bildungscampus an der Herforder Straße (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 29.01.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7427/2020-2025

an Schul- und Sportausschuss verwiesen (GeschO-Antrag)

-.-.-

Zu Punkt 4.3.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 01.02.2024 zum Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Schulentwicklungsplanung (Drucks. 7408/2020-2025)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7452/2020-2025

an Schul- und Sportausschuss o.a. verwiesen (GeschO-Antrag)

-.-.-

Zu Punkt 5 **Entwurf Gesamtabschluss 2019 der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7246/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- 1. Der Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Bielefeld für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2019 wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gem. §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW überwiesen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat**

Der Rat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 **Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2022/2023 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld und Ergebnisverwendungsbeschluss sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7195/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen führt in das Thema ein und weist darauf hin, dass nur die Ziffern 2.1 und 2.2 des Beschlussvorschlages zur Bera-

tung und Beschlussfassung anstünden. Gemäß § 31 GO NRW dürften die Ratsmitglieder, die gleichzeitig Mitglieder des Betriebsausschusses sind, bei der Entlastung des Betriebsausschusses nicht mit abstimmen. Er schlage deshalb eine getrennte Abstimmung der Ziffern 2.1 und 2.2 des Beschlussvorschlages vor und bittet die betroffenen Ratsmitglieder, sich an der Abstimmung zu Ziffer 2.2 nicht zu beteiligen.

Beschluss:

- a. **Der Rat nimmt von dem Prüfungsergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner MBB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mit Sitz in Bielefeld, vorgenommenen Pflichtprüfung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester für das Wirtschaftsjahr 2022/2023 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.07.2023**

mit einer Bilanzsumme von 7.161.783,51 €

und

mit einem Jahresüberschuss von 109.488,80 €

in der geprüften Form fest.

Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2022/2023 von 109.488,80 € ist wie folgt zu verwenden:

Zuführung zu der Veranstaltungsrücklage „Bühnen und Orchester“ 564.747,70 € und Entnahme aus der Veranstaltungsrücklage „Rudolf-Oetker-Halle“ 455.258,90 €.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

- b. **Der Rat stellt die Entlastung der Mitglieder des Betriebsausschusses Bühnen und Orchester für das Wirtschaftsjahr 2022/2023 fest.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Gemäß § 31 GO NRW haben an der Beschlussfassung zu Ziffer 2.2 nicht teilgenommen: Frau Biermann, Frau Brockerhoff, Herr Copertino, Frau Gorsler, Herr John, Herr Keskin, Herr Klaus, Herr Kleinkes, Herr Kulinna, Frau Pfaff, Herr Bürgermeister Rütter, Frau Schineller, Frau Schneiderei, Frau Steinkröger, Frau Stelze, Herr Strothmann und Frau Welz.

-.-.-

Zu Punkt 8

Nutzungsbedingungen der Rudolf-Oetker-Halle der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6990/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt auf Empfehlung des Betriebsausschusses Bühnen und Orchester die Nutzungsbedingungen für Räumlichkeiten des Konzerthauses „Rudolf-Oetker-Halle“ der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld gemäß Anlage.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Änderung der Honorarordnung für die Volkshochschule zum 01.02.2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7339/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

**Der Rat der Stadt beschließt die beiliegende Honorarordnung der Volkshochschule gemäß der Anlage zum 01.02.2024.
Dies gilt unter dem Vorbehalt der Rechtskraft der beschlossenen Haushaltssatzung.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Erlass einer Honorarordnung für die Musik- und Kunstschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7383/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat beschließt die beiliegende Honorarordnung der Musik- und Kunstschule.

Dies gilt unter dem Vorbehalt der Rechtskraft der beschlossenen Haushaltssatzung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Machbarkeitsstudie Radschnellweg OWL 2.0

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7024/2020-2025

Abgesetzt (vor Eintritt in die Tagesordnung).

-.-.-

Zu Punkt 12 Zustimmung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold sowie Bereitstellung dafür notwendiger Mittel

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7230/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- 1.) Der als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Fassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, diese entsprechend abzuschließen. Redaktionelle Änderungen können vorgenommen werden.
- 2.) Dem überplanmäßigen Personalbedarf in 2024 von insgesamt 1,7 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) gemäß Ziffer 2 des Begründungsteils der Vorlage wird zugestimmt.
- 3.) Der Aufnahme von insgesamt 1,7 VZÄ Mehrstellen (kw 2027) gemäß den Ziffer 2 des Begründungsteils in den Stellenplan 2025 des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes wird zugestimmt.
- 4.) Dem für die Aufgabenerfüllung zu 2.) und 3.) erforderlichen und bei der Stadt Bielefeld nach Umlagefinanzierung durch die Kreise gemäß Ziffer 2 des Begründungsteils der Vorlage verbleibenden Mehraufwand von rund 17.800,- € ab dem Haushaltsjahr 2025 wird zugestimmt. Der Verschlechterung des Jahresergebnisses 2024 wird – sofern keine Deckung im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2024 erfolgen kann – zugestimmt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Erlass der Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und der Gestaltungssatzung gemäß § 89 BauO NRW 2018 für die ehemalige Britensiedlung „Joseph-Haydn-Straße“

- Stadtbezirk Mitte -
- Satzungsbeschlüsse -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6997/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Die Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB für die ehemalige Britensiedlung „Joseph-Haydn-Straße“ wird beschlossen, die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist der Abgrenzungsplan in der Anlage der Satzung verbindlich.
2. Die Gestaltungssatzung gemäß § 89 BauO NRW 2018 für die ehemalige Britensiedlung „Joseph-Haydn-Straße“ wird beschlossen, die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist der Abgrenzungsplan in der Anlage der Satzung verbindlich.
3. Die Erhaltungs- und die Gestaltungssatzung sind öffentlich bekannt zu machen. Die Satzungen sind mit ihren Begründungen zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Satzung über die Anordnung eines besonderen Vorkaufsrechts für das Gebiet der in Aufstellung befindlichen 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. III/1/01.14 „Neustädter Straße, Breite Straße, Kreuzstraße, Nebels-wall, Obernstraße“

- Stadtbezirk Mitte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7196/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung eines besonderen Vorkaufsrechts gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet der in Aufstellung befindlichen 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. III/1/01.14 „Neustädter Straße, Breite Straße, Kreuzstraße, Nebelswall, Obernstraße“ wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs der Vorkaufssatzung ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes vorgenommene Eintragung (gestrichelte Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten für das Dezernat 4

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern:

7341/2020-2025

7440/2020-2025 (Änderungsantrag FDP, siehe TOP 15.1)

Herr vom Braucke erläutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion und betont, dass die Qualifikation des zukünftigen Dezernenten im Vordergrund stehen müsse.

Herr Vollmer erklärt, dass er der Einrichtung eines Auswahlgremiums grundsätzlich nicht abgeneigt sei und sich die Fraktion Die Linke heute bei der Abstimmung über den Änderungsantrag enthalten werde.

Herr Nettelstroth weist darauf hin, dass die Vorlage eine offene und überregionale Ausschreibung der Dezernentenstelle vorschläge. Er sehe daher keine Notwendigkeit für die Beauftragung eines Headhunters oder der Einrichtung eines Auswahlgremiums.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drucks. 7440/2020-2025) und stellt folgendes **Ergebnis** fest: **Der Rat der Stadt Bielefeld lehnt die Einrichtung einer Findungskommission und die Beauftragung einer externen Personalberatung mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen ab.**

-.-.-

Beschluss:

In den Zeitungen „Neue Westfälische“, „Westfalenblatt“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „DIE ZEIT“ sowie auf verschiedenen digitalen Plattformen wird die nachfolgende Ausschreibung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat 4 veröffentlicht:

„Die Stadt Bielefeld besetzt zum 1. Januar 2025 die Stelle einer/eines

**Beigeordneten
(Besoldungsgruppe B 5 LBesG NRW)**

Dem Dezernat sind derzeit folgende Organisationseinheiten zugeordnet:

- **Stab des Dezernats, inkl. Themenbereich Wirtschaftsförderung**
- **Bauamt**
- **Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Immobilienservicebetrieb (ISB)**
- **Feuerwehramt**
- **Amt für Geoinformation und Kataster**
- **Digitalisierungsbüro**

Der Rat der Stadt Bielefeld behält sich ausdrücklich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Gesucht wird eine zielstrebige, einsatzfreudige und verantwortungsbewusste Persönlichkeit mit umfangreichen Kenntnissen und Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere im kommunalen Bereich, die das Dezernat entschlossen mit Einfühlungs- und Durchsetzungsvermögen leiten kann.

Die Wahlzeit beträgt 8 Jahre.

Bewerberinnen/Bewerber müssen entweder die Befähigung zum Richteramt oder zur Laufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, besitzen oder aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit die für die Wahrnehmung des Amtes notwendigen Fachkenntnisse und ausreichende Erfahrung erworben haben.

Die Stadt Bielefeld setzt sich aktiv für Chancengleichheit und Diversität ein. Wir begrüßen deshalb Bewerbungen von Menschen unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.

Die Stadt Bielefeld fördert Frauen beruflich und stellt sie nach den Zielsetzungen des Gleichstellungsplans bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt ein. Bewerbungen von Menschen mit Behinderung sind erwünscht.“

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 15.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 7341/2020-2025
(Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7440/2020-2025

Beratung und Protokollierung der Beschlussfassung vgl. TOP 15.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt -

Zu Punkt 16

Ersatzwahl für den Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld für die Wahlperiode 2020-2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7330/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Mit Wirkung vom 01. März 2024 wird lt. Vorschlag der Personalversammlung für die Wahl der Dienstkräfte in den Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld

Frau Astrid Buschmann zum stellvertretenden Mitglied

gewählt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 17

Bestellung eines Vorstandsmitglieds der Sparkasse Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7350/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld genehmigt gemäß § 8 Abs. 2 e) SpkG NW die Bestellung von Herrn Dr. Jörn Stöppel als Vorstandsmitglied der Sparkasse Bielefeld für den Zeitraum vom 01.08.2024 bis 31.07.2028 durch den Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 18

Wiederbestellung eines Vorstandsmitglieds der Sparkasse Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7351/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld genehmigt gemäß § 8 Abs. 2 e) SpkG NW die Wiederbestellung von Frau Jennifer Erdmann als Vorstandsmitglied der Sparkasse Bielefeld für den Zeitraum vom 01.08.2024 bis 31.07.2029 sowie die Berufung zur Vorsitzenden des Vorstandes der Sparkasse Bielefeld durch den Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19 **Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen u. ä.)**

Zu Punkt 19.1 **hier: Antrag der Ratsgruppe AfD vom 18.12.2023 auf Umbesetzung im Digitalisierungsausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7359/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die folgende Umbesetzung im Digitalisierungsausschuss:

Bisheriges ordentliches Mitglied: SB Marvin Braungart

Neues ordentliches Mitglied: SB Gerhard Schäfer.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19.2 **hier: Antrag der Ratsgruppe AfD vom 08.01.2024 auf Umbesetzung im Kulturausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7324/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die folgende Umbesetzung im Kulturausschuss:

Bisheriges stellvertretendes Mitglied: RM Maximilian Kneller

Neues stellvertretendes Mitglied: RM Dr. Florian Sander.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19.3 hier: Antrag der Ratsgruppe AfD vom 08.01.2023 auf Umbesetzung im Umwelt- und Klimaschutzsausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7323/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die folgende Umbesetzung im Umwelt- und Klimaschutzsausschuss:

Bisheriges ordentliches Mitglied: RM Dr. Florian Sander

Neues ordentliches Mitglied: RM Maximilian Kneller

Bisheriges stellvertretendes Mitglied: RM Maximilian Kneller

Neues stellvertretendes Mitglied: RM Dr. Florian Sander

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19.4 hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2024 auf Umbesetzung im Aufsichtsrat MoBiel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7438/2020-2025

Beschluss:

Aufsichtsrat MoBiel

Alt: Mitglied Nicolas Jochen Strahlke

Neu Mitglied Rainer Seifert

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19.5 hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2024 auf Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7439/2020-2025

Beschluss:

Rechnungsprüfungsausschuss:

Alt: stellv. Mitglied Jan Maik Schliffer

Neu: stellv. Mitglied Claudius Kempe

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19.6 hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30.01.2024 auf Umbesetzung im Digitalisierungsausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7442/2020-2025

Beschluss:

Für die sachkundige Bürgerin Anke Welp wird der sachkundige Bürger Marlon Thenhaus ordentliches Mitglied im Digitalisierungsausschuss.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.